



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

-e-: Kurhessische Verhältnisse.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Kurbessische Verhältnisse.

Die neue Wendung der ständischen Angelegenheiten. — Das Ministerium Hassenpflug und seine Nachfolger. — Der Beamtenstand und die Vielregirerei. — Pressbeschränkungen. — Eingriffe in die ständischen Rechte. — Finanzen. — Einzelne Persönlichkeiten: Knebelthau, Arnold, Bivvermann. — Schwäche der Opposition. — Hessischer Schlenzdrrian und das ancien régime. — Die „wohlmeinenden“ Minister und der beabsichtigte Staatsstreich.

Man erzählt sich in Hessen eine alte Geschichte, wie hessische Bauern im Wirthshaus geseffen und ganz unmäßig auf ihren Landgraf gescholten haben, dem einen dies, dem andern das an ihm nicht recht gewesen ist, und sie an Jeglichem im Lande was auszusetzen gehabt haben. Da habe sich denn ein Fremder, der zufällig dabei geseffen, auch vernehmen lassen, habe geglaubt, er könne auch auf Hessen, seinen Fürst und seine Leute schimpfen, es dabei aber noch ärger gemacht, wie die ersten. Allein da hätten die Bauern keinen Spaß verstanden, sondern dem Dreiwedner einfach bedeutet, wie ihnen ihre Heimath gar nicht mißfalle, und wenn sie an ihrem Landgrafen dies und das getadelt hätten, so gehe das keinem Landstreicher was an und kein Fremder habe sich darein zu mischen — und darauf zum Schluß hätten sie den Herumhörer und Mitsprecher auf gut hessisch den nächsten Weg zur Thür heraus gewiesen. Und diese Geschichte möchten die Hessen noch heute gern wahr machen, noch heute ihren Schmerz und ihr Leid für sich behalten und den Fremden gegenüber als ein einiges, glückliches und zufriedenes Volk erscheinen, noch heute geht ihnen ein Stich durch die Seele, wenn sie des Landes Gebrechen von Fremden entdeckt oder in auswärtigen Blättern besprochen sehen. Allein die Schäden sind größer geworden, die Risse sind nicht mehr zu verdecken. Noch in den neuesten Tagen drang ein Angstruf für Hessens letzten Schutz durch ganz Deutschland und fand hier ein hundertfaches Echo. Auf Deutschlands Hilfe wird vielleicht Hessen bald zu hoffen haben, wenn, wie man sagt, die Verfassungsfrage vor einem andern Forum, als dem, bei welchem sie jetzt schwebt, entschieden wird. Darum muß auch Deutschland wissen, wie es bei uns aussteht, muß die Leute kennen, die auf jeder Seite vorkämpfen, die Principien, von denen man hier ausgeht und darüber einigen Aufschluß zu geben, sei trotz dem allen Hessen angeborenen Widerwillen gegen Besprechung hessischer Verhältnisse in nicht hessischen Blättern der Zweck der folgenden Seiten.

Auch ihr Blatt hat neulich auf die Gefahr hingewiesen, die dem Bestande der Verfassung drohte und besonders interessante Bemerkungen an diese Eventualität geknüpft. Seitdem ist der erste gefährlichste Angriff, der keineswegs nur in der Einbildung bestand, wie jetzt viele Zeitungen glauben machen möchten, abgeschla-

gen worden, und die Gefahr, daß ein ähnlicher Act, wie in Hannover bevorstehe und den Bund eine einseitige Aushebung später als *fait accompli* ansehen würde, ist vorüber. Dabei würden wir freilich vor Hannover ein Institut vorausgehabt haben, das vielleicht eine andere Entscheidung hätte veranlassen können und von Ihrem Herrn Correspondenten nicht berücksichtigt war, nämlich den landständischen Ausschuß, eine Schöpfung Jordan's, der nie aufgelöst werden kann, und der in Abwesenheit der Stände deren Rechte zu vertreten und für Aufrechthaltung der Verfassung zu sorgen hat, und daher immer vollkommen klugberechtigt wäre. Allein jetzt versucht man auf eine andere gesetzmäßige Weise einen Angriff auf die Verfassung, dieses letzte Palladium gegen gänzlichen Absolutismus. Schon ist eine Commission niedergesetzt, die Verfassungsmodifications vorschlagen soll, und der Landesherr hat darauf schon in seiner Antwort auf die Condolenzadresse der Stände hingewiesen, aber eben die Zusammensetzung dieser Commission aus Gliedern der äußersten Rechten, wovon nur der Staatsrath Bickel in weitem Kreise bekannt ist, zeigt schon, von welcher Art diese Vorschläge sein werden. Wenn jedoch auch die diesmalige Ständeverammlung fast ganz nach Wunsch der Regierung zusammengesetzt ist und man von ihr keine großen Thaten zu erwarten hat, so ist doch nicht zu fürchten, daß diese Vorschläge, falls sie nicht wirklich nöthige Modificationen verlangen, und deren könnte es wohl geben, trotz aller Anstrengung der Regierung, wohin schon die neue Anklage gegen Bippermann gehören mag, die von der Verfassung für diesen Fall verlangte Einstimmigkeit für sich haben werden. Ja, sollten auch wirklich drei Viertel der Ständemitglieder für die Regierung stimmen, so muß der nächste Landtag noch einmal eine solche Majorität aufweisen, um die Verfassungsänderung gültig zu machen; inzwischen kann dann das hessische Volk durch die neuen Wahlen seine Anhänglichkeit an die Verfassung thatsächlich manifestiren. Würde jedoch auch dieser Angriff abgeschlagen, dann stürzt man sich in die Ohren, würde sich die Regierung an den Bundestag wenden und die Erklärung verlangen, daß die hessische Verfassung der Souveränität zu nahe trete und darum nicht rechtsbeständig bleiben könne. Der Schluß der Verfassungs-urkunde sagt, es solle der Bundestag gebeten werden, die Garantie für die Verfassung zu übernehmen. Dies hat dieser damals verweigert, und darauf soll man sich jetzt stützen. Schon jetzt sollen vorläufige Schritte deshalb gethan sein. Würde die Frage wirklich in dieses Stadium treten, dann würde es eine Lebensfrage für das ganze constitutionelle Deutschland werden, da, wenn die Regierung Hessens siegte, sie vielleicht bald Nachfolger finden würde. Deshalb wird dann ganz Deutschland zeigen müssen, ob die ihm bis jetzt erworbenen Rechte und Freiheiten theuer sind; die deutschen Kammern und die deutsche Presse müssen sich einstimmig gegen solche Reaction erheben, und zwar in der Art, daß selbst der Bundestag auf die öffentliche Meinung Rücksicht nimmt, und dazu gehört bekanntlich eine starke Dosis.

Einen überaus glücklichen Zustand hat freilich diese Verfassung nicht herbei-

geführt, wie schon in Ihrem Blatte ausgeführt ward, aber doch ist der Zustand wenigstens etwas erträglicher und gesicherter, wie vor ihrem Dasein. Soll doch selbst einer ihrer heftigsten Bekämpfer, der ihr auch die größten Wunden zuerst geschlagen hat, später gesagt haben, Hessen könne nicht ohne Verfassung existiren, wenn nicht völliger Despotismus dort herrschen solle. In den ersten Jahren nach ihrer Entstehung schien auch wirklich eine neue Periode für Hessen hereinbrechen zu wollen, indem sich überall ein freies öffentliches Leben entwickelte, und dieser Zeit verdankt Hessen eine Menge nützlicher Einrichtungen und Gesetze. Vielleicht ist die Opposition, die damals noch bei weitem in der Oberhand war, etwas zu schroff und übermüthig gewesen, hat sich kleinen Liebhabereien von geringer Wichtigkeit ohne großen Nutzen widersetzt, und sich dadurch für die Zukunft heftige und mächtige Feinde zugezogen. Wenigstens schreibt es sich von dieser Zeit her, daß man in den höhern Kreisen, wo man früher mit der Verfassung zu sympathisiren schien, eine heftige Abneigung gegen das „constitutionelle Wesen“ faßte. Dieser hatte Hassenspflug sein Ministerium und bald seine ausschließliche Herrschaft zu verdanken, der aus der Haller'schen Schule hervorgegangen und mit bedeutenden Talenten versehen, es sich zur Aufgabe setzte, die dem Volke durch die Verfassung erworbenen Rechte auf ein Minimum zu reduciren, den allenthalben zur Mode gewordenen Liberalismus zum orthodoxen Conservatismus zu bekehren und den jetzt constitutionellen Staat, so viel der Wortlaut der Verfassung es nur zuließe, in den von Gott verordneten patrimonialen zu verwandeln. Und zum Glücke fand eine einseitige Auslegung an der Verfassung reichen Stoff, da fast jeder Paragraph so einen kleinen unscheinbaren Zusatz, Gott weiß woher, mit sich führt, in den man gerade das Gegentheil von dem, was er ausdrücken will, hinein interpretiren kann. Da wird Jedem zugestanden, seine Ansichten frei zu äußern, soweit keine Injurie oder ein Verbrechen darin liegt, Religionsfreiheit gegeben, soweit es dem Staate nicht schade, Pressfreiheit, so weit sie der Bund nicht beschränke u. s. w. Seine Pläne führte Hassenspflug nun mit eiserner Consequenz durch und vermied dabei doch immer jede offene Verfassungsübertretung. Mehrmals ward er zwar einer solchen angeklagt, aber nie konnte er verurtheilt werden. Zuerst begann er damit, den Beamtenstand zu bekehren, der damals auch dem Zeitgeist huldigte und wie Alle liberal war. Unzählige Versetzungen, Uebergehungen beim Avancement und alle diese bureaukratischen Mittel brachten ihn bald zur Vernunft. Die talentvollsten und fähigsten Leute erkannte Hassenspflug mit schnellem Blick und suchte sie an sich zu ziehen, was ihm auch bei vielen gelang, so daß dadurch noch jetzt eine Reihe bedeutender und man kann fast sagen der bedeutendsten Leute im Lande auf Seiten der Regierung und an der Spitze stehen. Dadurch wurden denn Alle eingeschüchtert, enthielten sich Anfangs aller politischen Aeußerungen, führten die Regierungsbefehle ohne alle Untersuchung mit größtem Eifer aus, bis die Gewohnheit sie am Ende Alle zu vollkommenen Conservativen machte. Dann

wurde die Ständeversammlung durch Urlaubsverweigerungen, Auflösungen und andere Mittel reformirt, und waren dennoch einige „Schreier“ da, so ließ man sie reden und kümmerte sich nicht darum, zumal da man alle Hauptsachen durchsetzte und schon damals kein Mann mehr in der Opposition war, der im Stande war, diese um sich zu vereinigen und mit gleichen Gaben den Kampf zu führen. So ward bald im Lande eine bedeutende Abkühlung für die Sache des Liberalismus bewirkt, und wer in irgend einer Privatbeziehung zu der Regierung stand, wer von ihr irgend etwas wollte, ja selbst wer Verwandte hatte, die von der Regierung abhängig waren, war klug und — schwieg.

Und als nun so Hassenpflug der Reaction den Weg gebahnt hatte, als er den fast schon ersterbenden aristokratischen und bürokratischen Elementen von Neuem die künftige Herrschaft gesichert hatte, da fand man bald, daß sein unumschränkter Einfluß, den ihm seine bedeutende Persönlichkeit sicherte, mit der Zeit lästig werde, und da man nun selbst gelernt hatte, wie gegen den Liberalismus zu verfahren sei, suchte man ihn los zu werden, wozu eine kleine persönliche Eitelkeit, die man an ihm entdeckt haben wollte, Gelegenheit geben mußte zum größten Jubel des Adels, der diesen bürgerlichen aber stolzen Parvennü nicht liebte und jetzt wieder Einfluß zu erhalten hoffte, worin er sich freilich sehr täuschte. Persönlich beleidigt mußte Hassenpflug sich zurückziehen und verließ das Land. Sein Sturz war trotz alledem ein großer Verlust für das Land. Er hat sich um die materiellen Verhältnisse Kurhessens bedeutende Verdienste erworben und sein Ministerium war in dieser Beziehung die letzte glückliche Zeit. Die Volksbildung verdankt seinen Einrichtungen noch viel, die Universität, die nach ihm der Auflösung nahe gekommen ist, begann auf kurze Zeit wieder aufzublühen, manche nützliche und verdienstvolle Gesetze gingen von ihm aus, namentlich ein ganz neues Civilprozeßgesetz, und selbst auf Ackerbau, Handel und Industrie dehnte sich seine Sorgfalt aus.

Alles dies hörte jetzt auf, und nur das politische System blieb dasselbe, und ward mit eiserner Consequenz und oft mit überraschender Schlaubeit ausgeführt. Die Mittel die Hassenpflug angegeben, wurden rücksichtsloser und härter angewandt, und selbst Institute wurden angegriffen, die er noch heilig gehalten hatte; so die Richterbehörden. Schon früher hatte man freilich Richter von entschieden conservativer Gesinnung besonders befördert, und namentlich damit das Oberappellationsgericht, das zugleich Staatsgerichtshof für Ministeranklagen ist, zu besetzen gesucht; von jetzt an aber suchte man und sucht man noch immer trotz dem heftigen Widerspruch des alten Richterstammes, namentlich des höchsten Gerichts, der Kabinettsjustiz und der Abhängigkeit der Richter Thor und Thür zu öffnen, wobei zu bedauern ist, daß die Verfassung dagegen so wenig Schutz gewährt hat. Manche Kämpfe mögen hier vorgekommen und in den Acten vergraben sein, von denen nur Gerüchte in's Publikum drangen, aber Richter sind ernannt worden,

die im Lande keine Achtung genossen, und deren Beförderung nur aus Rücksichten auf Gesinnung oder aus noch schlimmern Motiven hervorgegangen sein kann; Versekungen haben stattgefunden, die sich nur aus Erkenntnissen, die kurze Zeit darauf erfolgten, erklären lassen. Der unglückliche Jordan'sche Prozeß weist eine Reihe solcher Skandalosa auf. Und solchen Einflüssen haben denn auch die Gerichte nicht überall widerstehen können, und was vielleicht das traurigste für ein Land ist; sie fangen an ihr Ansehen und ihren unbefleckten Ruf zu verlieren. Für den übrigen Beamtenstand gilt ein gleiches. Wehe dem, der sich einmal mißliebig macht, er wird versetzt und wieder versetzt, rückt nie vorwärts und wird auf jede Weise gekränkt. Eine Zahl von Kindern und Brüdern derer, die in der Kammer eine unabhängige Stellung einnahmen, hat auswandern und fremde Dienste suchen müssen. Darum ist jeder Beamter in beständiger Furcht, mit den Ansichten der Regierung in Collision zu kommen, und darum theiligt er neben seinem Amte sich nie bei sonstigen öffentlichen Verhältnissen, wenn sie auch noch so fern von Politik liegen. Geschähe es ja einmal, dann erregt es allgemeines Staunen, und die Regierung wird es als unpassend ahnden, wie sie auch den Staatsbeamten die Annahme von Gemeindeämtern untersagt hat, auch schon damit sie nicht zu sehr mit dem Volke fraternisiren. Aber auch in seinem Amte wagt der kurhessische Beamte nicht eine selbstständige Stellung einzunehmen, sondern kein Beamter, keine Behörde nimmt irgend eine Maßregel vor, ohne nicht vorher oben anzufragen und von dort aus Instruktionen zu erwarten, um so die Verantwortlichkeit von sich abzuwenden. Die völlige Selbstständigkeit und Unumschränktheit eines Beamten in seinem Bezirk hat freilich häufig Nachteile und artet leicht aus, aber ein solches Stocken aller Lebensadern, wie das hessische System bewirkt, wird sie nicht herbeiführen. In der Hungersnoth des vorigen Winters hatten die Beamten nicht einmal den Muth sich von selbst verstehende, durchaus nöthige Maßregeln vorzunehmen, sondern um nur in Kassel anfragen zu können, ließen sie ruhig die Armen hungern, und als der Frühling und neue Erwerbsquellen kamen, kamen meistens erst ihre Instruktionen. Denn da das Anfragen bei allen Stellen fortgeht, so müssen alle Entscheidungen von oben gegeben werden, und dadurch bleibt denn Alles eine Ewigkeit liegen. Oben will man Alles selbst nicht blos formell, sondern auch materiell entscheiden, und dabei überläßt man sich nicht dem Urtheile oder Einflusse eines Ministers oder Günstlings, sondern damit keiner von diesen selbstsüchtige Zwecke durch seinen Rath erreiche, wägt man Alles selbst ab, wodurch dann oft die wichtigsten Sachen unendliche Zeit lang liegen bleiben, was oft schlimmer ist, als wenn sie schlecht entschieden wären. Die Eisenbahnfrage liefert hier ein treffendes Beispiel, wie langsam hier Alles betrieben wird. Schon um 1833 ward eine Commission für die Vorarbeiten niedergesetzt, erst 1843 wurden auf heftiges Drängen der Stände diese Vorlagen deshalb gemacht, dann 1844 einer Actiengesellschaft die Concession erteilt, anderthalb Jahre später der

Bauplan mit Ausnahme des für den Kreis Kassel genehmigt, und hier, wo sich die wichtige Bahnhoffrage anderer kleiner Residenzen wiederholte, erst Anfang 1847, während die Bahn an manchen Stellen schon fertig war, die Zustimmung ertheilt. Wie viel Zeit nun noch bis zur endlichen Vollendung, der Genehmigung des Tarifs und des Fahrplans hingehen wird, muß die Zukunft entscheiden. Daß die Friedrich-Wilhelms-Nordbahnactien immer mehr sinken, ist deshalb kein Wunder.

Dann ist in Hessen ein solches System von Vielregieren eingerissen, wie man es vielleicht im ganzen lieben deutschen Lande nicht wieder findet. Alles wird vorgeschrieben, Alles beaufsichtigt, jeder Verein, zu welchem Zwecke er auch immer sei, wird überwacht und, sobald nur ein Keim von Politik sich dabei bemerklich macht, wird er aufgelöst. Die religiösen Bewegungen, die Verfolgung aller Dissidenten, das gewaltsame Aufrechterhalten der streng kirchlichen Richtung sind hinlänglich bekannt, und noch in diesen Tagen haben sie Veranlassung zu einer schrecklichen Scene an einem offenen Grabe gegeben. Alles dieses schreibt sich weniger von der festen Ueberzeugung des alleinseligmachenden Glaubens und dem Wunsche her, die Kirche zu schützen, da deren treue Anhänger auch mancherlei Kränkung zu dulden haben, als vielmehr von dem Argwohn, den man gegen alles Neue hegt, und dem Zusammenhange, den man hier mit politischen Neuerungen fürchtet. — Selbst auf commercielle und gewerbliche Beziehungen dehnt man diese Regiererei aus, und natürlich hier mit den verderblichsten Folgen, indem man, anstatt daß man den Unternehmungsgeist weckt, fremde Kapitalisten in das Land zu ziehen sucht, jeden Aufschwung durch Plackereien hemmt und unterdrückt. Daß diese Verhältnisse den nachtheiligsten Einfluß auf den Verkehr haben müssen, und ihnen ein guter Theil der überall riesenhaft zunehmenden Armuth und Arbeitslosigkeit zuzuschreiben ist, versteht sich von selbst. Außerdem geschieht auch gar nichts oder wenig zur Anknüpfung neuer Verbindungen, zur Auffindung neuer Absatzwege, zur Hebung der sinkenden Industrie, und nur der Ackerbau erfreut sich, von der Verfassung unter besonderen Schutz genommen und am wenigsten eines Fortschrittes mit der Zeit bedürftend, einiger Blüthe.

Zur öffentlichen Besprechung aller dieser Uebel gibt es nun im Lande selbst keine Wege. Denn trotz dem, daß die Verfassung Pressbeschränkungen nur bis zum Belaufe der Bundesvorschriften zuläßt, fängt die kurhessische Presse an sprichwörtlich zu werden, und das mit Recht. Man nehme nur einmal ein Blatt der Kasseler Allgemeinen Zeitung, des Haupt- und fast einzigen Organs der hessischen Intelligenz zur Hand, wo man aus dem Auslande viel und auch Gutes, aus Deutschland wenig und sehr Auserlesenes, aus Hessen außer den verfassungsmäßig zu veröfentlichenden Ständeverhandlungen gar nichts findet. Doch da thue ich ihr unrecht. Denn abgesehen von den Berichten über die Reisen des Kurfürsten und der sogenannten Geburtstagsliteratur, die über die Feier des „höchster-

freulichen Geburtstags“ des Kurfürsten in allen hessischen Städten und immer auf dieselbe Weise berichtet, findet man ja darin jährlich zwei mit Kassel bezeichnete Artikel, die über die vom Kurfürsten abgehaltenen Paraden berichten, wie das schönste Wetter diese militärische Feier begünstigte u. s. w. Auch enthielt sie ja in der neuesten Zeit die beiden den Wechsel des politischen Thermometers so bezeichnenden Lobreden auf den verstorbenen Kurfürsten. Andere deutsche Zeitungen werden trotz der schon an ihnen geübten bundesmäßigen Censur, sobald sie auf die Idee kommen über Hessen zu berichten, was immer es auch sei, verboten und verfolgt. Die Frankfurter im Lande vielgelesenen Zeitungen haben sich bis jetzt davor bewahrt, aber sie machen es auch darnach. — An öffentlichen Orten hört man nie oder nur in sehr vertrauten Kreisen über inländische Politik sprechen.

Die Stände nun, das rechtliche Organ für alle Beschwerden und Klagen, sind in dieser Beziehung ganz ohne Bedeutung. Man läßt sie sprechen, oder sagt ihnen, es sei ein Frevel, an die heiligen Rechte der Krone zu tasten und sich in Regierungssachen zu mischen; auf jeden Fall aber kümmert man sich nicht um ihre Petitionen und Beschwerden, und gibt ihnen kaum darauf Antworten. Für die Gesetzgebung ist ihre Thätigkeit seit einigen Jahren fast nur negativ, indem schon lange keine wichtigen Gesetze mehr zu Stande gekommen sind, und die Regierung auf jedem Landtag außer Unwesentlichkeiten nur Verbesserungen in der Strafjustiz im Geiste des alten Schlandriane vorschlägt, welche die Stände zu ihrer Ehre consequent bis jetzt durchfallen ließen, weil sie ein durchgreifendes neues Strafgesetz und einen neuen Criminalproceß verlangen. Diese wurden nämlich schon in dem ersten Landtagsabschied für die nächste Zeit versprochen, aber bis jetzt denkt die Regierung nicht daran, ihr Versprechen auszuführen, und fast würden auch die wissenschaftlichen Kräfte für ein solches Werk im Lande fehlen. Die Hauptthätigkeit der Ständeversammlung bezieht sich auf das Budget; allein auch hier hat man das wesentlichste Recht der Stände verkümmert. Was man vor wenigen Jahren noch nicht für möglich gehalten haben würde, thut man jetzt, indem man ihnen das Ausgabenverwilligungsrecht bestreitet, und haben wir einen Führer der Opposition recht verstanden, so hat der neulich dies seither bestehende Recht für nicht bestehend erklärt. Man legt zwar den Ständen die Ausgabenposten vor, diese berathen sie, streichen auch manches, und zum Schluß sagt man ihnen, sie möchten streichen so viel sie wollten, man gebe es doch aus. Dann legt man ihnen später die gemachten Ausgaben vor, und wenn sie eine für nicht gerechtfertigt erklären wollen, sagt man ihnen, sie hätten nur darauf zu sehen, ob nichts unterschlagen sei, wo sie ein Klagerecht hätten. Zu welchen Mißbräuchen das führt, zeigt am besten der Militärëtat, wo die Pensionen für die alten und verstümmelten Invaliden so gering sind, daß viele hungern und betteln müssen, während derselbe Militärëtat die von keiner Nothwendigkeit gebotene und mit unendlichen Kosten verbundene Umwandlung zweier Dragonerregimenter in Husaren-

regimentar bestreiten muß. — Außer den Finanzfragen nehmen die Legitimationsfragen viel Zeit der Ständeversammlung in Anspruch, und namentlich die Frage, ob die kurheffische Verfassung eine constitutionelle oder ständische sei, indem die Regierung letzteres behauptet und daraus folgert, freilich fast gegen den Wortlaut der Verfassung, daß jemand nur von Standesgenossen gewählt werden könne. Der 17jährige usus, die Ansicht der vorigen Ständeversammlung, der zuerst dies Ansinnen gestellt wurde, ist dagegen; was die jetzige thun wird, ist noch nicht entschieden, doch Entschiedenheit ist bei ihrer Zusammensetzung nicht zu erwarten. Auf jeden Fall hat die Regierung durch die vielfachen Beanstandungen der Wahlen den Vortheil, ihr mißliebige Personen auf längere Zeit auszuschließen. Seit dem Juni ist die jetzige Versammlung mit dreimonatlicher Unterbrechung zusammen, noch ist nicht über die Wahl des Herrn von Waig und des tüchtigsten aller Deputirten, Wippermann, entschieden. Beide haben freilich aus verschiedenen Gründen verzichtet, Waig wurde aber beim Zusammentritt der Ständeversammlung Anfang October wieder gewählt, Wippermann etwas später *). Die vielfachen andern Beanstandungen der Wahlen von Seiten der Regierung im Anfange der Ständeversammlung haben die Folgen gehabt, daß die in den ersten Sitzungen vorzunehmenden Wahlen der Commissionen und des Präsidiums einseitig im Sinne der Regierung ausgefallen sind, was seine großen Nachtheile hat. Einige entschiedene Männer wollten dem vorbeugen, indem sie alle Liberalen aufforderten, die Ständeversammlung bis zur Entscheidung über die Legitimationsfragen zu verlassen und dadurch die Versammlung beschlußunfähig zu machen. Schon wollten viele folgen, da hielt der Landtagscommissar eine donnernde, mit allen möglichen Drohungen versezte Rede, man fing an zu schwanken und — das Schicksal dieses Landtages war entschieden. Ueberhaupt drängt sich uns, wenn wir einen Blick auf die einzelnen Persönlichkeiten werfen, das Urtheil auf, daß es hier an energischen, hervorragenden Männern, die einen tiefern Blick in Staatsfachen haben und zugleich die nöthige Gewandtheit und Bildung besitzen, durchaus fehle und zwar in höherem Grade, als in irgend einer deutschen Kammer, und diesem Umstande ist denn auch ein guter Theil des geringen Erfolges der Opposition zuzuschreiben. Die Regierungspartei, die früher einige gute Redner hatte, jetzt aber verloren hat, nimmt seither eine mehr passive Rolle an und überläßt es dem Regierungscornmissar, diesem Muster aller Cornmissare an Gewandtheit, Landeskenntniß, Unerforschbarkeit und — Derbheit, für sie zu sagen, was nur gesagt werden kann. Auf der linken Seite, die freilich ihre destructiven Tendenzen zunächst nur darin zeigt, daß sie „Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes“ ver-

*) Eben hören wir, daß jetzt, wo die Stände heftig auf Beschleunigung von dessen Wahlprüfung drangen, er plötzlich wegen der Artikel in der deutschen Zeitung in Anklage gesetzt und so sein Eintritt wieder auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Wohin mag das Alles noch führen!

langt, sind Männer, die die Noth des Landes einsehen, ihr auch gerne abhülfen, manche auch, die viel und gewandt reden, aber bei Allen muß man mehr ihren Muth und ihre Uermüdblichkeit, als ihre Talente und Einsicht bewundern. Namentlich fehlt es manchen von ihnen an jedem parlamentarischen Tacte, wodurch sie ihrer Sache oft großen Schaden zugefügt haben. In der Mitte, die immer zu vermitteln sucht, findet man manche tüchtige, geschäftskundige und unterrichtete Leute, die ihre Sache mit Geschick führen, so vor Allem der Posthalter und Advokat Nebelt hau, jetziger Vicepräsident, früherer Präsident. Allein wie sein Aeußeres mehr einem eleganten Cavallerieoffizier als einem Präsidenten der Landesrepräsentanten gleicht, so sagt die böse Welt, sei er auch zu eitel, um in der Minorität sein zu können, modificeire daher bei jeder Ständeversammlung seine Ansichten nach denen der jedesmaligen Majorität, und wirklich zeigt er sich jetzt oft sehr conservativ. Auf jeden Fall zeigt er nach oben hin eine lobenswerthe Unabhängigkeit und sein Verlust würde die Ständeversammlung hart treffen. Auch der Oberbürgermeister Arnold fängt in neuerer Zeit an eine selbstständigere Stellung mit seinen Fähigkeiten zu verbinden. Ein tüchtiges und in hessischen Verhältnissen, namentlich in den Finanzangelegenheiten, wohl bewandertes Mitglied, das schon seit vielen Jahren ein rüstiger Vorkämpfer für Hessens Freiheit ist, würde die Ständeversammlung durch den freilich jetzt weit hinausgeschobenen Eintritt von Wippermann erhalten, der einen festen unerschütterlichen Charakter mit Rednergabe und wissenschaftlicher Bildung verbindet und sich wohl dazu eignen würde, die verschiedenen und zersplitterten Elemente zu vereinigen. In seiner amtlichen Stellung ist er freilich in Folge seines politischen Auftretens nie höher als bis zum Stadtschreiber und Vicebürgermeister von Cassel vorgeschritten, aber im Lande genießt er allgemeine Achtung und Anerkennung, wie immer seine oft einstimmige Wahl in verschiedenen Landestheilen beweist. Er ist eine kräftige schaumburgische, also niedersächsische Natur mit allen deren Vorzügen.

Im Ganzen macht nun die Opposition durchaus keinen glänzenden Eindruck. Man höre oder lese nur die Ständeverhandlungen, wie bei der Debatte oft von ihrer Seite die wichtigsten Momente gar nicht erwähnt werden, was namentlich bei tieferliegenden Fragen und Principienkämpfen stattfindet. Als Beispiel ist besonders die neueste Debatte über die Censur interessant, in Folge deren, was seither alle Landtage consequent verweigert hatten, ein Gehalt für Censoren verwilligt wurde. Nach alle dem, was hierüber geschrieben und in andern Kammern discutirt ist, ward dem Landtagscommissar und dessen Gefolge wenig Schlagendes erwidert. — Durch den Mangel an jedem politischen Leben im Lande und die geringen Anlagen, die die Hessen überhaupt für ein solches haben, fehlt es ihr an jeder systematischen Tactik, an jedem übereinstimmenden Handeln. Der compacten und um die Regierung geschaarten conservativen Partei gegenüber, zeigt sie sich höchstens im Regieren der Regierungsvorschläge einig; daß sie dagegen selbst schaffend der Regierung

den von ihr gewünschten Weg zeige, geschieht fast nie, sondern einzelne stellen wohl selbstständige Anträge, aber dann stimmt der eine dagegen, weil ihm ein Wort, der andere, weil ihm die Form mißfällt und so fort. Da muß denn diese Partei der kühn angreifenden und in Landtagsfachen sicher geleiteten Regierung gegenüber eine Stellung nach der andern aufgeben, ihre Thätigkeit und die der ganzen Ständeversammlung immer mehr beschränkt sehen, und am Ende selbst am Erfolg verzweifeln. Manche und dazu tüchtige Elemente haben sich schon aus dem Kampfe zurückgezogen, so nenne ich nur den gewandten und scharfen Redner, den liberalen Aristokraten, Hauptmann von Laumbach-Kirchheim, und den Vertreter städtischer Interessen, Bürgermeister Eberhard aus Hanau, die beide auf ihrer Landstandschaft verzichtet haben. Auch andere Männer ziehen sich immer mehr von den öffentlichen Verhältnissen zurück, wodurch sie freilich den Wünschen der Regierung zuvorkommen, und dieses ewige Streiten zwischen Ständen und Regierung, ohne daß es sichtliche Resultate bringt, gewinnt dem constitutionellen Princip hier nicht viele Freunde.

Der Hesse hat überhaupt eine eigene Natur. Der alte Schlendrian ist mit ihm zusammengewachsen, sein altes Herkommen, das ihm Nächstliegende und sein ihm angewiesener Beruf sind seine ganze Welt. Bis zu einem gewissen Grade ist diese Eigenschaft für ein Volk eine Tugend, und es wird sie nicht zu seinem Vortheil vermissen. Bei den Hessen aber geht das so weit, daß sie einerseits so lange in ihrer Industrie bei der alten Gewohnheit festhalten und keine neuen Erwerbsquellen auffuchen, als sie nur irgend sich sonst noch ernähren können, wo dann häufig schnelle Verarmung, namentlich bei dem jetzigen reißenden Gang der Industrie die Folge ist, andererseits, daß allgemeine Interessen ohne augenblicklichen Vortheil oder Nachtheil sie weniger berühren, woraus sich auch der Mangel an allgemein deutschen National Sinn und der Particularismus in Hessen erklärt, ja woher sogar der Mangel an Theilnahme für die speciell hessische Politik hergeleitet werden muß. Jeder fühlt, daß in Hessen nicht Alles so sei, wie es müsse und manches geändert werden könne, aber lieber läßt er sich bedrücken, als daß er sich aus seinen Verhältnissen herausreißt und sich an den öffentlichen Verhältnissen betheiliget. Es hat freilich auch in Hessen Zeiten gegeben, wo es anders war, aber welches Volk und welcher einzelne Mensch hätte nicht Zeiten gehabt, wo die Lebenspulse heftiger schlugen? Jetzt hat auch in einigen Gegenden die religiöse Aufregung eine politische herbeigeführt, die aber bei vielen, wenigstens der Theorie nach, in arge Extravaganzen ausartet. Manche Gegenden, die von andern Volksstämmen, wie der eigentlich hessische bewohnt werden, zeichnen sich auch vortheilhaft aus, so die Hanauische und die Grafschaft Schaumburg. Zu diesen natürlichen Ursachen der politischen Stimmung in Hessen kommt auch noch die ganze Vergangenheit als mitwirkend hinzu. Gegen den Zustand, von dem unsere Eltern und Großeltern noch zu erzählen wissen, ist der jetzige ein goldener, und nur das

war besser, daß es mehr Arbeit und wohlfeileres Brot gab, was dann häufig auf Rechnung der Verfassung kommt. Auch hat die Regierung durch ewige Vertagung und Auflösung lange ad oculos demonstrirt, wie man auch ohne Stände fortkomme, diese nur viel Geld kosten und die guten Absichten der Regierung für das Land vereiteln und hindern. Nur einige Kreise hängen mit Liebe an der Verfassung, begreifen, wie viel sie dem Lande gedient habe und werden sie auch mit Eifer zu vertheidigen wissen. Daraus aber, daß diese Gesinnung durchaus nicht allgemein ist, erklärt sich auch zum Theil die geringe Bedeutung, die jetzt die Opposition hat, und wie sie mit so geringem Erfolg kämpft, da ihr die Hauptstütze, der Rückhalt im Lande fehlt, und sie nicht als Vertreter der Gesinnung des ganzen Landes auftreten kann.

Wenden wir nun zum Schlusse noch unsere Blicke auf die Ministerbank, so müssen wir zuerst die Bemerkung vorausschicken, daß seit Hassenpflug es keine constitutionelle, selbst wirkende Minister mehr gegeben hat, wenn auch sehr viele diesen Titel führten. In Geschichtswerken pflegt man es als ein Verdienst des Fürsten aufzuzählen, daß sie selbst regierten und keinen Einfluß auf sich duldeten; wie dies in Hessen Ursache von manchen Unzuträglichkeiten wird, haben wir oben schon gezeigt. Ein Verdienst dürfen wir dabei freilich nicht übergehen, daß nämlich in keinem Lande vielleicht so wenig Nepotismus und Betterherrschaft ist, wie hier, daß für den Staatsdienst zwischen Adligen und Bürgerlichen kein Unterschied gemacht wird, sondern Jeder nur durch Fähigkeiten und durch „Gesinnung“ sich seine Stellung selbst gründen muß. — Nach Hassenpflug's Sturz kamen, damit nicht wieder Jemand seinen Einfluß zu sehr geltend mache, die nachgiebigen, geduldigen und unbedeutenden Männer an die Reihe, die alle zu der Classe der sogenannten „Wohlmeinenden“ gehörten, d. h. die gerne jeden Scandal vermieden, gegen Jeden den besten Willen äußerten und ihm Alles versprachen, wenn es nur oben möglich sei, und so ganz unconstitutionell alle Verantwortlichkeit von sich nach oben wälzten. Je nachdem sie mehr oder weniger nachgiebig und mehr oder weniger zur Ausübung der Befehle fähig waren, stürzten sie früher oder später, aber fallen mußten sie fast Alle. Seit einigen Jahren steht man aber ein, daß die, welche selbst von den Regierungsgrundsätzen überzeugt sind und den Kampf des Absolutismus mit dem Kampf des Constitutionalismus als einen persönlichen und ihnen selbst an's Herz gewachsenen führen, auch die besten Verbündeten sind. So hat man in die wichtigsten Ministerien, das des Innern und der Justiz, so wie auch in's Cabinet in der Hassenpflug'schen Schule gebildete Männer von bedeutenden Gaben berufen, die den Kampf gegen den Liberalismus und alle Uebergriffe der Stände in die heiligen Kronrechte, gegen die Steuerer und von der Kirche Abtrünnigen als einen heiligen Kreuzzug ansehen, bei dem Feuer und Schwert nicht gespart werden dürfe. Hierbei finden sie von oben her wenig Widerstand, wie sie überhaupt sich in manchen Dingen, namentlich Ständeangelegenheiten, einiger Selbst-

ständigkeit erfreuen. Sonst ist auch ihr Einfluß gering, und sie sind eben auch nur Werkzeuge höherer Befehle, nur daß sie, wie wir gewiß glauben, nicht leicht gegen ihre Ueberzeugung handeln werden. Denn natürlich sucht mancher auch durch zur Schau getragene Orthodoxie und Conservatismus sich diesen Männern anzuschließen, um früher und reichlicher von der Milchkuh des Staatsdienstes genährt zu werden, und so hat auch diese sich immer mehr verstärkende Partei viele aus unlautern Absichten ihr anhängende; aber der Kern und die Führer handeln aus reinsten Ueberzeugung. Das haben sie denn auch in den neuesten Tagen bewiesen. Denn trotzdem, daß ihr kühnster Wunsch mit Realisirung der jetzt hinsichtlich der Verfassung gehegten Pläne erfüllt wäre, trotzdem hielten sie sich durch den Wortlaut ihres Eides gebunden, und von der ganzen Partei ließ sich kein einziger zur Beibehaltung oder Annahme eines Portefeuilles finden, sondern Alle baten eventuell um ihre Entlassung. Das ist auch die eigentliche Ursache, an der diese Pläne gescheitert sind. Denn wäre das Militär mit Ankunft der Todesnachricht von Frankfurt allarmirt, und der Eid gefordert, so hätte es den höchst wahrscheinlich geleistet, schon weil es die Verfassungsvorschriften für diesen Fall gewiß nicht genau gekannt hätte und vor einer Entschlußfassung überrascht wäre. Die Ständeversammlung wäre auseinander getrieben, das Volk ruhig geblieben, die Beamten hätten ihren Dienst nicht aufgeben wollen, und die Wenigen, die die Huldigung verweigert hätten, wären vertrieben. Der Bund hätte, um nicht der Souveränität und dem monarchischen Princip wenigstens seiner Ansicht nach einen Anstoß zu geben, sich für incompetent erklärt. Alles dies wäre möglich gewesen, wären jene Männer schwach gewesen, und so verdankt Hessen ihnen viel, so daß es eher die Wunden vergessen kann, die sie ihm geschlagen haben. Denn die jetzt noch der Verfassung drohenden Angriffe haben nicht die halbe Gefahr. Und bleibt uns die Verfassung nur unverfehrt, dann haben wir doch immer noch einen, wenn auch schwachen Damm gegen zu große Uebergriffe, und eine künftige bessere Zeit hat schon eine Grundlage für ihre Bestrebungen und braucht nicht wieder von Neuem anzufangen.

— c —